

Pressemitteilung



Magdeburg, 21. Dezember 2017

SPD-Fraktion: Niedrige Ausbildungsvergütungen führen zu Ausbildungsabbrüchen

Friseurhandwerk ist mit 67,9 Prozent trauriger Spitzenreiter

„Der Zusammenhang zwischen Ausbildungsabbrüchen und niedrigen Ausbildungsvergütungen ist unverkennbar.“ Diesen Schluss zieht **Andreas Steppuhn**, stellvertretender Vorsitzender und arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage, die er gemeinsam mit der bildungspolitischen Sprecherin **Angela Kolb-Janssen** gestellt hatte. Trauriger Spitzenreiter bei den Abbrüchen ist das Friseurhandwerk, wo im ersten Lehrjahr eine Ausbildungsvergütung von nur 153 Euro gezahlt wird. In dieser Branche brechen mit 67,9 Prozent die meisten jungen Menschen ihre Berufsausbildung ab. Hohe Abbrecherquoten gibt es zudem im Metallbau (Ausbildungsvergütung 298 Euro), im Tischlerhandwerk und in der Gastronomie. Die Quote aller jungen Menschen, die ihre Ausbildung abbrechen, beträgt im Landesdurchschnitt 33 Prozent.

Steppuhn: „Wenn schlechte Ausbildungsbedingungen der Hauptfaktor für Ausbildungsabbrüche sind, wird es Zeit, dass sich die betroffenen Branchen selbst hinterfragen. Bei einer Abbrecherquote von fast 70 Prozent wie im Friseurhandwerk läuft definitiv etwas schief. Obendrein geht es um Branchen, die fast täglich den Fachkräftemangel beklagen. Angesichts der Situation ist die Forderung nach einer gesetzlichen Mindestausbildungsvergütung aktueller denn je. Denkbar wäre es, dass eine Festlegung analog des Modells des gesetzlichen Mindestlohns erfolgt.“

Angela Kolb-Janssen wies auf die Unterschiede in der Ausbildungssituation junger Männer und Frauen hin: „Von Ausbildungsabbrüchen sind insbesondere Mädchen und junge Frauen betroffen. Das liegt daran, dass typische Frauenberufe immer noch schlechter bezahlt werden als Männerberufe. Schon bei der Zahl der Ausbildungsabbrüche zeigt sich, dass sie besonders benachteiligt sind. Dazu kommen ungünstige Arbeitszeiten und hohe Fahrtkosten zwischen Ausbildungsort und Berufsschule. Ein Azubiticket und höhere Fahrtkostenzuschüsse könnten hier Abhilfe schaffen.“

Zur Antwort auf die Kleine Anfrage geht es hier:

<http://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp7/drs/d2196sak.pdf>